

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungsgebern und in allen Postämtern erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostschlesien
Beilagen: Der rote Stern / Der komm. Genossenschaftler / Wirtschaftl. Rundschau / Der proletarische Kulturkampf / Für unsere Frauen / Energie

Bezugspreis monatlich: drei Mark 2.50 M. (Halbmonatlich 1.25 M.) durch die Post bezogen monatlich 2.20 M. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdener Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-2 / Reichsstraße 1 u. Expedition: Mühlentorstraße 2 / Fernsprecher: 17 259 / Postfachnummer Dresden Nr. 18 690, Dresdener Verlagsgesellschaft / Einlieferung: Dresden-2, Mühlentorstraße 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17 259 / Drahtschrift: Arbeiterstimme Dresden / Erscheinungstagen der Redaktion: Mittwoch 16-18 Uhr, Sonnabends 13-14 Uhr

Anzeigenpreis: Die neunmal gefaltete Nonpareilzeile oder deren Raum 0.30 RM, für Familienanzeigen 0.20 RM für die Restzeile anschließend an den dreifachen Teil einer Zeile 1.50 RM. Anzeigenannahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-2, Mühlentorstraße 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Bezahlung besteht kein Anspruch auf Voreinsicht der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

5 Jahrgang

Dresden, Donnerstag den 3. Januar 1929

Nummer 2

Das Diktat des Dawes-Agenten

Bersährstes Massenelend in Deutschland

Der Reparationsagent Parker Gilbert hat seinen 4. Jahresbericht gegeben. Ein längerer Artikel wird eingehend dazu Stellung nehmen. Vorerst seien nur die wichtigsten Dinge in diesem Bericht erwähnt.

In wenigen Wochen soll die neue Sachverständigenkonferenz bekanntlich die endgültige Reparationssumme festlegen, die Deutschland zu zahlen hat. Gleichzeitig soll evtl. eine Herabsetzung der Jahreszahlungen erfolgen. Der Bericht Gilberts wird dieser Konferenz zu ihrer Beurteilung der Leistungsfähigkeit Deutschlands gleichsam die Grundlage geben. Es entspricht deshalb den Interessen der Gläubiger Deutschlands und noch mehr den des herrschenden Generalgläubigers Europas, dem amerikanischen Finanzkapital, wenn ein Agent die Wirtschaftslage Deutschlands ziemlich richtig schildert. Parker Gilbert hebt so in seinem Bericht die Steigerung der Produktion in Deutschland, die Stabilität des Handels und der Kreditverhältnisse hervor und daß die deutsche Wirtschaft seit Kriegsende die größte Beständigkeit und Stabilität erreicht habe. Nach den bisherigen Erfahrungen könne kein Fall eintreten, wonach das Reichsbudget nicht in der Lage wäre, seinen Normalbeitrag an Reparationen planmäßig zu leisten! Also ein deutscher Wirt für die Sachverständigenkonferenz, von der die deutsche Bourgeoisie eine Herabsetzung der Reparationslasten erwartet.

Der Dawesagent übersteht bei seiner Darstellung nicht ohne bestimmte politische Absicht, daß im kommenden Jahr, gerade infolge der rapiden Entwicklung der deutschen Wirtschaft in den letzten Jahren, bei zunehmender Senkung der „aufrichtigen inneren Widersprüche“ wachsen und bestimmte Rückschlüsse in der Wirtschaft herbeiführen werden. Geschieht dies einmal, um die Sachverständigenkonferenz zu bewegen, Deutschland keine Zugeständnisse zu machen, so dient der Bericht andererseits als

politisches Druckmittel,

um Deutschland zu bewegen, sich den politischen Wünschen seiner Gläubiger gefügiger zu zeigen, wenn es eine Winderung der Reparationslasten erwarten will. England und Frankreich verlangen in dieser Hinsicht die noch radikalere Einschwenkung Deutschlands in die Antisowjetfront. Amerika aber will gerade eine stärkere Bindung Deutschlands an Amerikas imperialistischen Hauptgegner England verhindern, seine finanzielle und imperialistische Vorherrschaft festigen und sicherstellen. Hier offenbaren sich aufs deutlichste die ungelösten verärgerten Gegensätze der imperialistischen Staaten, die Deutschland zum Spielball ihrer Politik macht. Die deutsche Bourgeoisie in ihrem imperialistischen Machtstreben befindet sich in einer Zwischstufe. Einerseits muß sie die imperialistische Vorherrschaft Amerikas anerkennen, die Deutschland finanziell am Fühler hält, zum andern weiß sie, daß nur ihre Annäherung an die englisch-französischen Wünsche ihre imperialistische Entwicklung in bestimmter Weise freie Bahn schaffen kann. Die bürgerliche Presse wie der sozialdemokratische Reichskanzler Müller in seiner Neujahrrede, opponieren deshalb gegen die zu rohe Darstellung der wirtschaftlichen Lage Deutschlands in Parker Gilberts Bericht, weil sie sowohl eine Verminderung der Reparationslasten erreichen als sich auch des aufgezeigten politischen Drucks erwehren wollen.

Der Dawesagent hat der Müller-Regierung in seinem Bericht den Weg gewiesen, wie sie die Milliarden für die Reparationszahlung ausbringen soll. Wie ein roter Faden zieht sich durch den Bericht arbeitserfindlich die Kritik an „überflüssigen Ausgaben“ wie Erhöhung der Beamtenegehälter und Pensionen usw. Es wird

der stärkere Abbau der Sozialgesetzgebung

verlangt. Eine Abänderung des Finanzausgleichs zwischen Reich und Ländern in der Linie der Staatsrationalisierung der Trustbourgeoisie soll zur Droffselung der Sozialausgaben der Gemeinden führen und Hunderte von Millionen ersparen. Mit unerhörter Frechheit stellt der Bericht wider die Wahrheit fest, daß der deutsche Konsum auf einer beträchtlichen Höhe und der Lebensstandard der deutschen Bevölkerungsmassen sich verbessert hat! Dies ist das Stichwort für die Müller-Regierung, um in Zukunft die deutsche werktätige Bevölkerung noch stärker auszuhebeln als bisher, neue Milliardenlasten aus dem Proletariat herauszuschinden, um damit die Kriegsverbrechen der Bourgeoisie zu bezahlen und gleichzeitig den neuen imperialistischen Krieg vorzubereiten.

Belagerungszustand in Mannheim!

Sozialdemokrat Kemmele verbietet alle Arbeiterumzüge

Mannheim, 3. Januar. (Eigene Drahtmeldung.)

Die Polizeidirektion hat gestern bis auf weiteres sämtliche „Kundgebungen der KPD, des KZB sowie der angeschlossenen Nebenorganisationen verboten“.

Das Verbot stützt sich auf eine Polizeiverordnung. Die Ursache zu diesem Verbot liegt in Erwerbslosendemonstrationen, die in der Zeit vom 10. bis 20. Dezember 1928 stattgefunden haben. Nunmehr ist das Verbot auf die Partei und den KZB und gleichzeitig unbefristet erweitert. In mündlicher Unterredung erklärte die Polizeidirektion, daß zur Ausdehnung des Verbots die scharfe Schreibweise der Arbeiterzeitung beigetragen habe.

Die Proklamierung des Belagerungszustandes in Mannheim ist auf Anordnung des sozialdemokratischen Staatspräsidenten erfolgt. Der Mannheimer Polizeipräsident fungiert nur als ausführendes Organ. In Berlin schreibt die sogenannte nationale Presse über Kommunistenterror. Herr Jögebel antwortet mit der Verhängung des Belagerungszustandes. Auf Berlin folgt Kassel, wo der frühere Berliner Polizeivizepräsident Friedensburg präsidentiert. Der Ruhm der sozialdemokratischen Ordnungshüter in Berlin und Kassel hat nun auch Herrn Kemmele auf den Plan gerufen. Der Sozialdemokrat Kemmele verbietet gleich unbefristet. Die bürgerliche Pressefanatille flacht Beifall in Berlin, in Kassel, in Mannheim.

Für die Arbeiterschaft ist der Vorstoß des Sozialdemokraten Kemmele gegen die KPD und den KZB ein weiterer Beweis für den Unterdrückungswillen der deutschen Bour-

geoisie und ihrer sozialdemokratischen Helfershelfer. Die Antwort, die die Arbeiterschaft geben muß, ist restlose Organisierung in der KPD und im KZB, als den Organisationen des klassenbewußten revolutionären Proletariats.

Weitere erhebliche Zunahme der Arbeitslosigkeit

Berlin, 2. Januar. (Telefon.)

Auch in der ersten Hälfte des Monats Dezember hat die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung erheblich zugenommen, und zwar von rund 1 033 000 auf 1 200 000, d. h. um 270 000 oder um 26,2 p. H. (In der vorhergehenden Berichtszeit 27,8 p. H.). Der Zuwachs betrug bei den männlichen Hauptunterstützungsempfängern 27,6 p. H., bei den weiblichen 21,1 p. H. Die Zahl der Zuschlagsempfänger ist in der Zeit vom 15. November bis 15. Dezember von rund 761 000 auf 1 205 000 gestiegen.

Die Zahl der Krisenunterstützten ist in weit höherem Umfange gestiegen. Die Zunahme betrug bei den Hauptunterstützungsempfängern in der Berichtszeit rund 8700 oder 8,1 p. H. (von 108 100 auf 116 800). Besonders stark war sie bei den weiblichen Hauptunterstützungsempfängern (12,4 p. H.). Die Zahl der Zuschlagsempfänger in der Krisenunterstützung ist in der Zeit vom 15. November bis 15. Dezember von rund 107 300 auf 124 200 gestiegen.

Die Antwort des Bürgertums auf diese Massenelendssteigerung ist die ständige und systematische Unterdrückungspolitik für die von den Auswirkungen der kapitalistischen Wirtschaftspolitik Betroffenen. Die Erwerbslosen müssen jetzt ihrerseits zum Gegenangriff übergehen und der breiten Öffentlichkeit ihr Elend und ihre Forderungen demonstrieren.

„Präsidentiert das Gewehr!“

„Hermann Müller fährt vorbei“

Die erste offizielle Begrüßung des sozialdemokratischen Reichskanzlers Hermann Müller von der Reichswehr durch Präsentieren am Neujahrstage war ein Stimmungsoberer Kommentar zu den Neujahrreden, die von Hermann Müller und Hindenburg gehalten wurden.

In der Kaiserkronefrage und im Ruhrkampf schiedete sich die Front von Hindenburg bis Hermann Müller. In den Neujahrreden wurde diese Einheitsfront im Zeichen des Imperialismus neu bestätigt, ja ihre Festigung unterstrichen. Wenn die bürgerliche Presse von neuen Tönen der Hindenburg- und Müller-Reden spricht, so ist dies zugleich Beitrag und entfällt unwillkürlich ein Stück Wahrheit. Der Kurs ist derselbe geblieben, in außenpolitischer und innenpolitischer Hinsicht; aber er ist in manchen Formen noch schärfer betont worden.

Derselbe Kurs der Außenpolitik: die bekannten Phrasen über Deutschlands Wille zur Freiheit und Frieden werden abgeleiert. Wille zur Freiheit: zur Freiheit der imperialistischen Betätigung, Freiheit zur Rüstungen. Das ist die Freiheit, auf die nach Hindenburgs Worten „Deutschland nach göttlichem und menschlichem Recht Anspruch hat“. Wille zum Frieden — der zur Vorbereitung neuer Kriege dient. Die „neue“ Note ist dabei: die nach alten Mißverständnissen des Locarnotraktats unvernünftig gewordenen Forderungen der Entschädigung und Unzuständigkeit, die das imperialistische Trustkapital über die Haltung der Siegermächte empfindet. Die nationalen Phrasen Hermann Müllers werden natürlich nicht den geringsten Eindruck auf den Westimperialismus in der Rüstungsfrage machen. Rüstungsfrage und Reparationsfrage sind keine Fragen der „Gerechtigkeit“ und des „Vertrauens“, sondern imperialistische Machtfragen. Besetzung und Reparation sind Machtmittel des anglo-französischen Imperialismus. Deutschland in die Kriegsfrente gegen die Sowjetunion einzugliedern, die Reparation ein Machtmittel Amerikas, das wirtschaftliche Kommando über Deutschland für sich zu sichern und zu befestigen.

Was hat Hermann Müller zur Reparationsfrage zu sagen? Er solidarisiert sich restlos mit dem Unternehmerstandpunkt, dem es darauf ankommt, die Milliardenprostitute zu verschlingen und die Befestigung der Industrie durch Reparationen zu gewährleisten. Da dies nicht restlos durch Abwälzung der Darlehenslast auf die Schultern der Werkstätten erfolgen kann, kämpft man um die Verringerung der Reparationssummen, jammert nun über Deutschlands schlechte Wirtschaftslage. Und diese Solidarität mit dem Geldsack spricht aus Müllers Worten

über die übertriebene ausländische Einschätzung der deutschen Wirtschaftskraft.

Verherrlichung der Ausbeutung, Verherrlichung des deutschen Imperialismus! „Gestärkt haben uns in unserer Arbeit die vielfachen Leistungen, die deutscher Wagemut und Unternehmungsgeist (!!) geleistet haben. Die Überwindung des Ozeans durch die Luftschiffe, die Fahrten des Zeppelin-Luftschiffes haben bewiesen, daß die Spannkraft deutschen Geistes und deutschen Willens die alte ist.“ Die Müller, Severing, Höring haben im Laufe des Jahres 1928 schon manche nationalimperialistische Rede gehalten. Noch nie haben sie aber so offen verraten, daß der „deutsche Geist“, den sie verherrlichen, der Unternehmungsgeist der Imperialisten, der Geist der Kriegeprofit und Extraprofit ist.

Aber nicht nur Müller, auch Hindenburg hat in seiner Rede die innige Einheit der Kriegs- und Rüstungspolitik des deutschen Imperialismus mit der verschärften Ausbeutung an der Wirtschaftsfrente klarer denn je herausgehoben. Unmittelbar nach der an Hermann Müller gerichteten Aufforderung, die Rüstung mit allen Kräften zu beschleunigen (zu deutsch: das von Chamberlain angebotene Schahergeld „Rüstung gegen Rußlandhofkott“ als Verhandlungsbasis zu betrachten), folgt eine Stelle in der Antwortnote Hindenburgs, die jeder deutsche Arbeiter sich merken muß:

„Mit Genugtuung habe ich es besonders begrüßt, daß es der tatkräftigen Mitarbeit der Reichsregierung und der verdienstlichen Einsatz der Arbeitnehmer wie der Arbeitgeber gelungen ist, die wirtschaftlichen Kämpfe im Inland zu beenden. Nordwestdeutschlands und in Sachen beizulegen und den wirtschaftlichen Frieden, den wir so dringend für unsern Wiederaufbau benötigen, zu sichern.“

Verständliche Einsicht der Arbeitgeber und Arbeitnehmer — sagt Hindenburg. „Verständnisvolles Zusammenarbeiten“ — schreibt das „Gewerkschaftsarchiv“, das Organ des Organ des ADGB. Nicht nur ein und derselbe Kurs in der Bejahung des Imperialismus, des kapitalistischen Wiederaufbaues, sondern Einigkeit sogar in der Sprache, im Wortschatz, in der Terminologie! Hindenburgs „Genugtuung“ — das ist die Genugtuung der imperialistischen Trustbourgeoisie über den Severing der imperialistischen Arbeiter!

Und Severings Rolle ist mit dem Ruhrstreik nicht beendet. Könnte er anlässlich der Reichspräsidentenwahl